Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4866

22. 06. 89

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/3285 —

Benennungen von Frauen in Ämter und Funktionen, für die die Bundesregierung ein Vorschlagsrecht hat

A. Problem

Frauen sind in Gremien, für die die Bundesregierung ein Vorschlagsrecht hat, unterrepräsentiert.

Dieser Befund wurde 1980 von der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft" exemplarisch für die Aufsichtsgremien der Medien erhoben und durch die Bundesregierung im November 1986 mit der Feststellung bestätigt, daß „der Anteil von Frauen (in Gremien) in den letzten zehn Jahren nicht nennenswert gestiegen" sei (vgl. Drucksache 10/6340).

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bis zum 1. Mai 1990 in einem Bericht eine Bilanz über die Anzahl zu besetzender Funktionen und über die Vorschlags- und Auswahlverfahren vorzulegen und Vorschläge zu machen, mit welchen Maßnahmen, gegebenenfalls Gesetzesänderungen, sie sicherstellen will, daß der Frauenanteil bei Entsendungen und Benennungen so lange kontinuierlich erhöht wird, bis die Unterrepräsentanz von Frauen in diesen Gremien und Funktionen abgebaut ist.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

dem Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/3285 — mit der Maßgabe, daß die Bundesregierung aufgefordert wird, bis zum 1. Mai 1990 zu berichten, zuzustimmen.

Bonn, den 15. Juni 1989

Der Innenausschuß

Bernrath	**Frau Dr. Wisniewski**	**Schröer (Mülheim)**	**Lüder**	**Such**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Wisniewski, Schröer (Mülheim), Lüder und Such

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 128. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Februar 1989 an den Innenausschuß federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuß und den Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zur Mitberatung überwiesen. Beide mitberatenden Ausschüsse haben einstimmig empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der Innenausschuß ist den Voten gefolgt und hat in seiner 55. Sitzung am 14. Juni 1989 dem Antrag einstimmig zugestimmt. Er hat dabei als Termin für den Bericht der Bundesregierung den 1. Mai 1990 festgelegt. Wegen der Begründung wird auf Drucksache 11/3285 verwiesen.

Bonn, den 15. Juni 1989

Frau Dr. Wisniewski **Schröer (Mülheim)** **Lüder** **Such**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333